

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 35 (1994)  
**Heft:** 13

**Artikel:** Gewaltverzicht bei Grenzstreitigkeiten  
**Autor:** Pozsgai, Joseph  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092908>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Joseph Pozsgai im Gespräch mit Ungarns Aussenminister László Kovács

## Gewaltverzicht bei Grenzstreitigkeiten

«Ich bin fest davon überzeugt», erklärte der neue ungarische Aussenminister, László Kovács, in einem Gespräch mit «zeitbild», «dass die sowjetische Führung auch dann nicht mit dem Abbruch der Berliner Mauer gerechnet hatte, als sie schon wusste, dass Ungarn früher oder später seine Grenzen für die DDR-Flüchtlinge öffnen werde. Noch weniger hatte Moskau damit gerechnet, dass unser Schritt das Ende der DDR und den Anfang der deutschen Wiedervereinigung bedeuten würde.» Ferner meinte Kovács, die ungarische Aussenpolitik werde sich gegenüber den Nachbarländern grundsätzlich ändern, um die Lebensverhältnisse der dort lebenden Ungarn zu verbessern. Das Interview im Wortlaut:

**Mehr als vier Millionen Ungarn werden in den angrenzenden Ländern Rumänien, Serbien und in der Slowakei, in denen sie als Minderheit leben, mehr oder weniger diskriminiert. Die Mittel, die die kürzlich abgewählte ungarische Regierung zum Schutz dieser Minderheit er-**

**folglos angewendet hatte, sind erschöpft. Welche neuen Wege plant hier nun die neue sozialistische Regierung?**

Im Grunde möchten wir die aussenpolitische Denkweise zu ändern versuchen — hinsichtlich der Methoden und des Stils. So hat es keinen Sinn, zu versuchen, die Nachbarländer unter Druck zu setzen. Ungarn ist dazu einfach nicht in der Lage. Auch die Einengungen der Beziehungen wollen wir als Mittel nicht einsetzen, im Gegenteil. Wir brauchen eben mehr Begegnungen und Anregungen. Es kann nicht zum Erfolg führen, wenn es zwischen den Regierungschefs und den Aussenministern keine Treffen gibt. Das hat sich in den vergangenen vier Jahren gezeigt.

Was die Frage der Grundverträge betrifft, so halten wir den Abschluss solcher Verträge mit Rumänien und der Slowakei für absolut wichtig. Wir dürfen die rumänische und die slowakische In-

«Wir möchten die aussenpolitische Denkweise zu ändern versuchen — hinsichtlich der Methoden und des Stils.»

An die 20 000 DDR-Flüchtlinge warteten Mitte September vor fünf Jahren in ungarischen Lagern auf ihre legale Ausreise in den Westen (Foto: Keystone)

itiative zu solchen Verträgen nicht ablehnen, weil die beiden Nachbarländer diese als die ersten Bausteine des Vertrauens betrachten.

**Der heikelste Punkt dieser Vertragspläne ist die ungarische Anerkennung der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, die die Partnerländer ausdrücklich verlangen. Wäre es nicht richtiger, von Seiten Ungarns Gewaltverzicht anzubieten, zumal diese Grenze nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg von den westlichen Siegermächten gezogen wurde?**

Die vorherige ungarische Regierung hatte in dieser Frage oft damit argumentiert, dass Ungarn diese Grenzen schon mehrmals anerkannt habe, es bestehe also keine Notwendigkeit, dies noch einmal zu tun. Ich aber frage: Hat die ungarische Regierung irgendeinen Grund, diesmal die Anerkennung zu verweigern, wenn Budapest die Grenzen ohnehin schon mehrere Male akzeptiert hat?

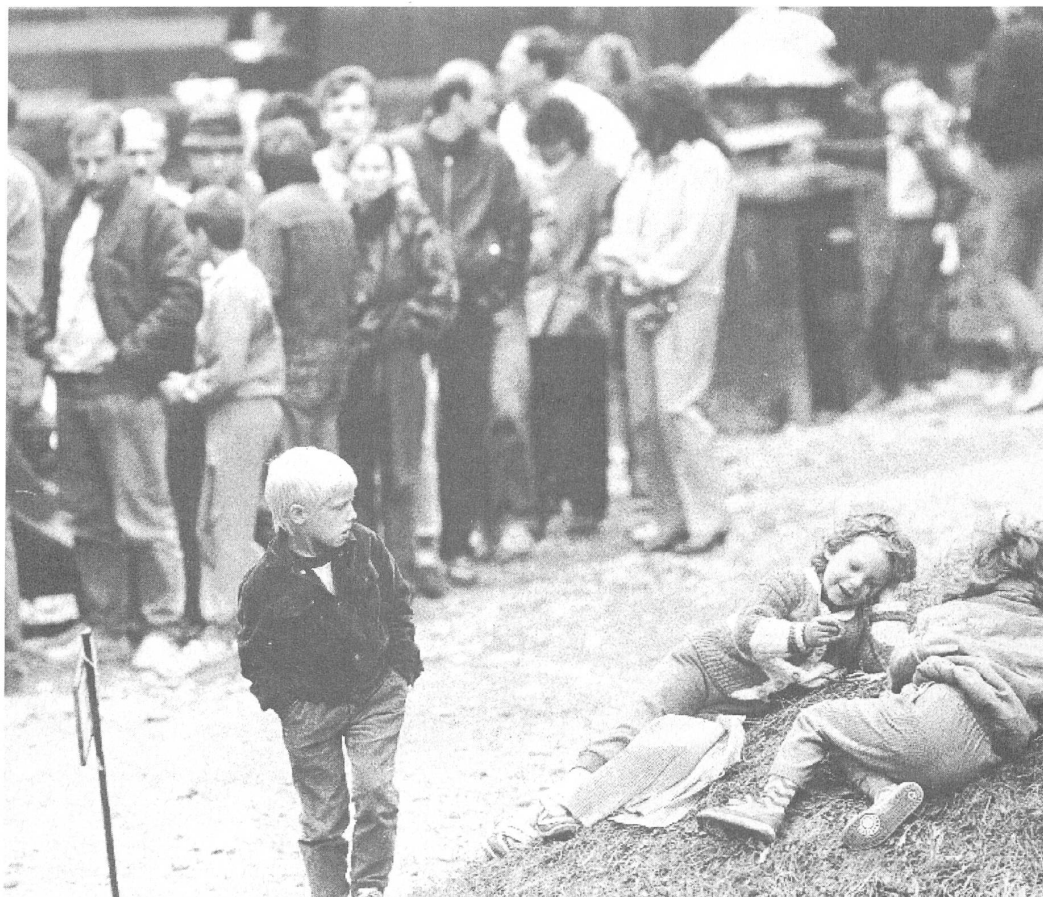
Kein rationales Argument spricht für die Ablehnung. Ein solcher Schritt hätte bei den Nachbarn leicht missverstanden werden können. Sie könnten sagen: Es scheint, die Ungarn haben ihre Meinung in der Frage der Grenzen geändert. Nein, Ungarn kann in den Grundverträgen erklären, es anerkenne die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und stelle keine Gebietsforderungen.

All dies kann man freilich nur aufgrund der Gegenseitigkeit tun, das heisst, dass auch Rumänien und die Slowakei ihrerseits die Unverletzlichkeit der Grenzen bestätigen. Ausserdem halten wir die Durchlässigkeit der Grenzen für sehr wichtig. Die gegenwärtigen Wartezeiten von 24 und 48 Stunden beispielsweise an der rumänischen Grenze sind inakzeptabel.

**Wäre es denn nun möglich, bei den Nachbarn die jahrhundertalten Ressentiments gegen die Ungarn mit den Grundverträgen allmählich abzubauen?**



Fortsetzung Seite 4



Vor allem junge Familien waren unter den DDR-Flüchtligen (Foto: Keystone)

Dazu kann ich folgendes sagen: Es würde sich bei den Grundverträgen nicht primär darum handeln, dass Ungarn die Grenzen wiederholt anerkenne. Dies ist nur ein Punkt. Daneben müssen die Verträge gegenseitige Verpflichtungen beinhalten, die Rechte der Minderheiten zu garantieren und deren praktische Anwendung zu sichern — und zwar in Übereinstimmung mit den gültigen internationalen Dokumenten. Das ist ebenso von Bedeutung wie die Grenzfrage.

Und in die Grundverträge müssen wir auch viele andere Fragen aufnehmen — von den politischen Beziehungen bis hin zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und den menschlichen Kontakten. Auch in den Verträgen mit Rumänien und der Slowakei kann man im gegenseitigen Einvernehmen festhalten, dass die Kontrahenten bei der Lösung strittiger Fragen keine Gewalt anwenden, wie dies beim Vertrag mit der Ukraine der Fall ist.

Am Rande der Europaratssitzungen war immer wieder zu hören, dass Ungarn sich unentwegt beschwert, sozusagen jammert, wegen der Unterdrückung seiner Landsleute in den Nachbarländern. Wenn diese Meinung sich weiter verfestigt, so wird die Aufnahme Ihres Landes in die Europäische Union erschwert, zumindest erheblich verzögert, denn die

## EU wird gewiss nicht Konflikte importieren wollen ...

Damit bin ich völlig einverstanden. In der Tat hat ein bedeutender Teil der westlichen Politiker eine Abneigung gegen die bisherige Minderheitenpolitik Ungarns. Es war wirklich nicht gut, dass die vorherige Regierung mit einer ungeschickten Taktik und einem schlechten Stil diese Meinung förderte, obwohl ich als Vorsitzender des ausserpolitischen Parlamentsausschusses damals an den guten Absichten dieser Regierung keinen Zweifel hatte.

Ich denke auch, dass wir das dringend ändern müssen. Und ich bin der Meinung, dass, sollte es Ungarn nicht gelingen, seine Beziehungen mit den Nachbarländern zu normalisieren, es keine Aufnahme in die EU geben wird. Es wurde nicht nur in Europa sehr positiv registriert, dass der neue Ministerpräsident, Gyula Horn, bereits zwei Wochen nach seinem Amtsantritt nach Pressburg fuhr, um seinen slowakischen Amtskollegen zu treffen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, Herr Minister, für eine wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Russland und den GUS-Staaten, die nach wie vor politisch instabil sind?

In der Frage des Handels sind wir bestrebt, eine breite Wirtschaftskooperation mit diesen Ländern auszubauen. Viel schwieriger ist die sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Hier möchten wir die benachbarte Ukraine, mit der wir schon ein bilaterales Abkommen abgeschlossen haben, das für die Sicherheit Ungarns von grosser Bedeutung ist, gesondert behandeln. Natürlich, vieles hängt davon ab, welche Rolle der stärkste Staat in diesem Raum, Russland, auf der internationalen Bühne spielen wird. Das ist wiederum von der Entwicklung der inneren Verhältnisse in Russland abhängig: Ob die Demokratie sich verfestigt oder eine neue Diktatur kommt; ob die Wirtschaft sich stabilisiert oder das Chaos kommt. Hier gibt es sehr grosse Fragezeichen.

Ihr Vorgänger, Géza Jeszenszky, besuchte in diesem Frühjahr Belgrad zu einem Zeitpunkt, als Serbien international isoliert war. Damit hatte er Präsident Milošević einen grossen Gefallen getan. Hat sich diese Reise gelohnt?

Leider nicht. Sie hat nur Versprechungen gebracht, die nicht verwirklicht wurden. Bereits nach meinem Amtseid traf ich mit Aussenminister Jovanović zusammen, der sich in Budapest auf einer Durchreise befand. Bei einem Meinungsaustausch habe ich erwähnt, dass wir so lange nicht weiter verhandeln können, wie die Versprechungen nicht erfüllt werden. Besonders betont habe ich, dass auch der versprochene Dialog mit den Ungarn in der Vojvodina nicht aufgenommen wurde, obwohl unsere Landsleute dort in ihrer Existenz gefährdet seien. Herr Jovanović hat in Aussicht gestellt, alles zu überprüfen. Ich meine, in dieser Frage dürfen wir nur dann auf Bewegung hoffen, wenn in der Politik Belgrads eine grundlegende Änderung eintritt. Die Erörterungen von Herrn Jovanović machten übrigens eines deutlich: Eine Beilegung des südslawischen Konflikts sei nur unter der Bedingung möglich, dass von den USA bis Japan alle Staaten bereit wären, ihren Standpunkt zu ändern.

Zur Visegrader Vierergruppe — die Zusammenarbeit von Tschechien, der Slowakei, Polen und Ungarn: Grosse Hoffnungen wurden gehegt, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, aber das ganze ist eingefroren ...

Das Problem sehe ich darin, dass die Vorstellungen über eine Kooperation noch gar nicht ausgearbeitet worden waren, als die Visegrader Gruppe sich zum erstenmal traf. Erst später wurde geprüft, was sich hier machen lässt. Heute ist schon einigermassen klar, welche Möglichkeiten die Gruppe hat und wo die Grenzen liegen. Meiner Meinung nach hat die Kooperation nur dann ei-

Auch in den Verträgen mit Rumänien und der Slowakei soll festgehalten werden, dass die Kontrahenten bei der Lösung strittiger Fragen keine Gewalt anwenden.

nen Sinn, wenn sie konkrete Ergebnisse bringt.

Auch der tschechische Regierungschef, Vaclav Klaus, ist damit einverstanden, dass die CEFTA, die mitteleuropäische Vereinbarung für Freihandel, eine wichtige und nützliche Sache sei. Bei meinem Treffen mit ihm und dem tschechischen Präsidenten, Vaclav Havel, stimmten beide dem ungarischen Vorschlag zu, dass die Visegrader Staaten ihre europäische Integrationspolitik in gewissem Sinne konzentrieren sollten. Es geht nicht darum, dass einer auf den anderen warten sollte, sondern darum, dass wir mit Brüssel leichter verhandeln können, wenn wir dies nicht völlig voneinander getrennt tun. Ganz zu schweigen davon, dass die EU selbst dafür ist, die Aufnahmeanträge in Gruppen zu behandeln. Dieser Weg bedeutet natürlich noch lange nicht, dass wir alle gleichzeitig werden beitreten können.

**Zu Ungarns vorzüglichen Beziehungen zu Bonn: Gab es zwischen Bonn und Budapest schon früher, also vor 1989, eine stillschweigende Vereinbarung über eine Grenzöffnung für DDR-Bürger?**

Es geschah folgendes: Als Ungarn dem Problem gegenüberstand, dass sich viele tausend DDR-Bürger bei uns einfanden, die nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren wollten, stellten wir, der damalige Aussenminister, Gyula Horn, ich als sein Staatssekretär und der Bonner Botschafter István Horváth, gemeinsam fest, dass es theoretisch drei Lösungsmöglichkeiten gebe:

1. Der Forderung Ostberlins entsprechend, können wir diese Flüchtlinge in die DDR zurückschicken. Aber dies wäre für uns inakzeptabel gewesen. Dies hätte unserer Wertordnung, Mentalität und den von uns unterschriebenen internationalen Abkommen widersprochen.

2. Die zweite theoretische Lösung wäre gewesen, den DDR-Bürgern politisches Asyl zu gewähren. Dieser Weg war jedoch deshalb nicht gangbar, weil die DDR-Bürger keineswegs in Ungarn bleiben wollten.

3. Wir kamen dann sehr schnell zur Schlussfolgerung, dass es in Wirklichkeit nur eine einzige Möglichkeit gab: Wir mussten für sie die Grenzen nach Westen öffnen. Nur dieser Schritt entsprach den Interessen Ungarns. Dann kam die schwierige Frage: Wann und wie? Wir mussten dabei sehr vieles überlegen.

**Hatten Sie keine Angst vor den Retorsionen Moskaus?**

Wir haben geprüft, ob wir etwas zu befürchten haben. Wir machten gegenüber sowjetischen Diplomaten mehrere infor-

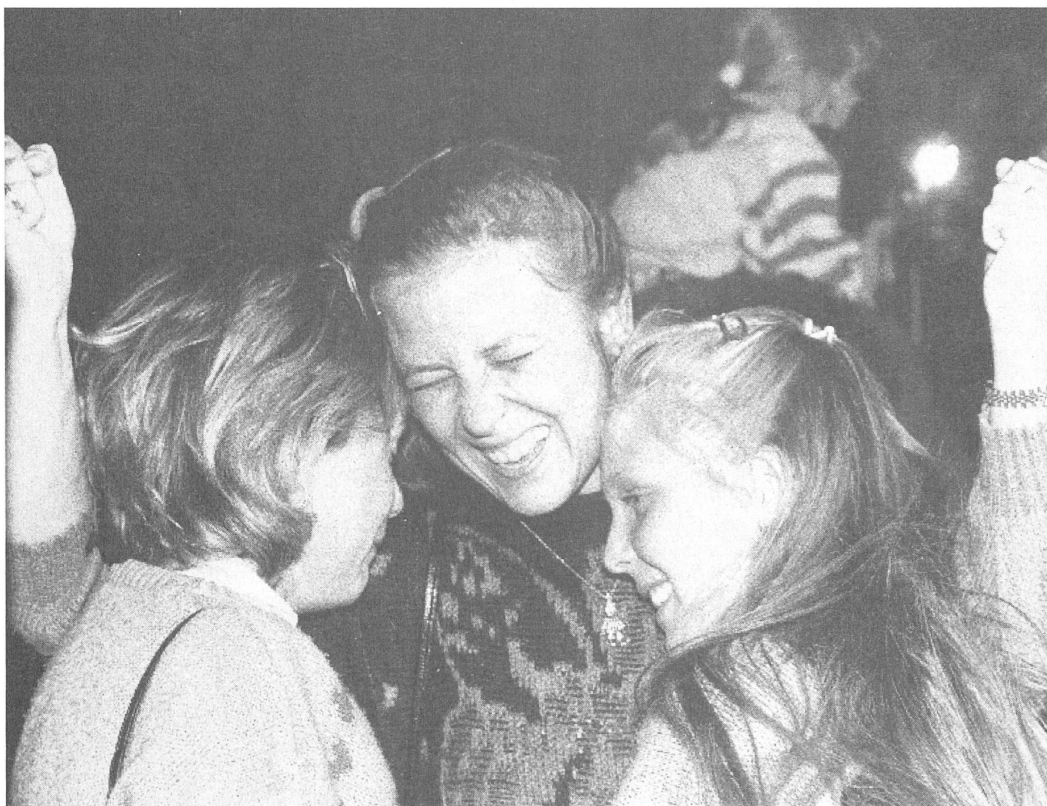
**Moskaus Reaktion lautete: Die Lösung sei eine Sache Ungarns und der DDR.**

melle Mitteilungen, nämlich dass wir für diese Lage ziemlich schnell eine Lösung finden müssten. Dies drängte sich schon aus humanitären und polizeilichen Gründen auf, zumal damals bereits Zehntausende von DDR-Bürgern mit Kindern in Zelten und Wohnwagen lebten. Überraschenderweise lautete die sowjetische Reaktion jedesmal: die Lösung sei eine Sache Ungarns und der DDR. Sie wollten in dieser Frage keine Stellung nehmen.

Ich bin übrigens fest davon überzeugt, dass die sowjetische Führung auch dann nicht mit dem Abbruch der Berliner Mauer gerechnet hatte, als sie schon wusste, dass Ungarn früher oder später seine Grenzen für die DDR-Flüchtlinge öffnen werde. Noch weniger hatte

**Zur westlichen Orientierung Ungarns: Auch die erste Auslandsreise des neuen Ministerpräsidenten, Horn, führte nach Bonn, gleich wie die seines verstorbenen Vorgängers, Antall, weil Bonn Ungarn immer grosszügig unterstützt hat. Gibt es in der Europäischen Union noch ein Land, das Ungarns Aufnahme ähnlich befürworten würde?**

In der EU gibt es viel mehr Länder, die gegen die Osterweiterung sind als Befürworter. Eigentlich nur zwei Länder sind für die Erweiterung, aber beide aus anderen Gründen. Das eine ist die Bundesrepublik Deutschland, die die Aufnahme der vier Visegrader Länder unterstützt, das andere ist Grossbritannien, das im Grunde eine übertriebene Vertiefung der Integration ablehnt und



Grosse Freude bei drei Frauen aus der DDR im Budapester Flüchtlingslager nach der Bekanntgabe der bevorstehenden Ausreisemöglichkeit (Foto: Keystone)

Moskau damit gerechnet, dass unser Schritt das Ende der DDR und den Anfang der deutschen Wiedervereinigung bedeuten würde. Aber ich muss ganz offen sagen, daran dachten wir auch nicht. Nachträglich wäre es leicht, Legenden zu fabrizieren und zu sagen, wir hätten hier, im Amtszimmer von Gyula Horn, die Wiederherstellung der deutschen Einheit vorhergesehen. Das wäre nicht wahr. Wir wussten nur, es gab keine andere politisch und moralisch akzeptable Möglichkeit als die Grenzöffnung. Wir wussten ja, dass dies ein sehr schwerer Schlag für das Honecker-Regime war, aber wir konnten damals die weiteren Konsequenzen nicht beurteilen.

in der Osterweiterung ein Gegenmittel dafür sieht.

Es ist logisch: Je breiter die Integration, desto weniger tief ist sie. Ich denke, wir können mit der Hilfe dieser beiden Länder rechnen. Ab 1. Januar 1995 kommt noch ein Land hinzu, das die Aufnahme Ungarns unterstützen wird — Österreich. Interessant ist dabei, dass die reichen Länder, abgesehen von den bereits erwähnten, deshalb gegen die Erweiterung sind, weil sie denken, sie müssten noch mehr zahlen. Die armen wiederum deshalb, weil sie meinen, sie würden dann von Brüssel viel weniger erhalten. ■